

17.00 – 17.30 Uhr

Vorstellung und Zielsetzung „Digitales Netzwerk für Frauen mit Behinderung im djB“

Leitung: *Sigrun von Hasseln-Grindel*, Rechtsanwältin, Bad Saarow, und *Dr. Cathleen Rabe-Rosendahl*, Wissenschaftlerin, Zentrum für Sozialforschung Halle

Samstag, 16. September 2023, 11.00 – 11.30 Uhr

Regionalgruppenbeirat – Meet & Greet in der Kaffeepause

Leitung: Vorstand Regionalgruppenbeirat

Sonntag, 17. September 2023, 10.00 – 13.00 Uhr: Workshops

Workshop 3:

Umgang mit dem Imposter-Syndrom

Leitung: Prof. Dr. *Maria Wersig*, Past-Präsidentin Deutscher Juristinnenbund e.V.

Workshop 4:

Conversation Circle: Feministisches Engagement im djB

Leitung: *Sophia Härtel*, Referentin, KOK - Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V., Berlin

Workshop 5:

Intersektionalität – Einstieg in eine Diskussion

Leitung: *Shino Ibold*, MJur, Doktorandin an der Universität Hamburg und Rechtsreferendarin am Hanseatischen Oberlandesgericht und *Dorothea Wolf*, Rechtsassessorin, Trainerin und Beraterin, Düsseldorf

Workshop 6:

Digitale Gewalt – die Praxis aus anwaltlicher Perspektive

Leitung: *Josephine Ballon*, Head of Legal, Hate Aid, Berlin, und *Anke Stelkens*, Rechtsanwältin, München

Workshop 7:

Defizite in Gleichstellungspolitiken in Unternehmen aufzeigen durch digitale Tools

Leitung: Prof. Dr. *Heide Pfarr* (Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht des djB), Dr. *Tanja Schmidt* und Dr. *Verena Tobsch*, beide Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung INES und INES Analytics GmbH, Berlin

RAHMENPROGRAMM

Donnerstag, 14. September 2023, 15.00 – 17.00 Uhr

- Rundgang zu Hamburgs historischen Frauen
- Rundgang zu Hamburgs Justizgeschichte
- Rundgang durch die Neustadt und das Komponistenviertel

Freitag, 15. September 2023, 21.30 Uhr

- Kneipenabend der Jungen Juristinnen

Sonntag, 17. September 2023, 14.00 – 16.00 Uhr

- Rundgang zu Hamburgs historischen Frauen
- Führung durch das Hamburger Rathaus
- Führung durch die Ausstellung „The F*word - Guerrilla Girls und feministisches Grafikdesign“ im Museum für Kunst und Gewerbe

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

DOI: 10.5771/1866-377X-2023-2-95

Einladung zur Mitgliederversammlung des djB

16. September 2023, Hamburg

Gemäß § 6 Absatz 3 der Satzung lade ich zur ordentlichen Mitgliederversammlung des Deutschen Juristinnenbunds e.V. (djB) ein. Sie wird am Samstag, 16. September 2023, von 11.00 Uhr bis voraussichtlich 18.00 Uhr in der Bucerius Law School, Jungiusstraße 6, 20355 Hamburg stattfinden.

Prof. Dr. Maria Wersig

Präsidentin

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Ehrung der verstorbenen Mitglieder
3. Feststellung der Tagesordnung

4. Berichte
 - a) Geschäftsbericht der Präsidentin
 - b) Kassenbericht der Schatzmeisterin
 - c) Prüfbericht der Kassenprüferinnen
 - d) Aussprache über alle Berichte
 - e) Entlastung des Vorstands
5. Aktuelles Thema: Leitbild für den djB (Anlage 1: Entwurf für das Leitbild)
6. Satzungsänderung
 - a) Änderung von § 6 (4), vierter Punkt der Satzung: Wahl einer zweiten Vertreterin der Mitglieder in Ausbildung in den Bundesvorstand (Anlage 2: Antrag des Bundesvorstands zu § 6)
 - b) Änderung von § 4 (2) Punkt 2 der Satzung: Änderung des Namens der Kommission Zivil-, Familien- und Erbrecht,

- Recht anderer Lebensgemeinschaften (Anlage 3: Antrag des Bundesvorstands zu § 4)
7. Wahl des Bundesvorstands
 - a) Bekanntgabe Wahlergebnis Vorstand Regionalgruppenbeirat
 - b) Einsetzung von Wahlleiterin und Wahlkommission
 - c) Wahl der Präsidentin
 - d) Wahl der Vizepräsidentinnen
 - e) Wahl der Schatzmeisterin
 - f) Wahl der 1. Beisitzerin (Vertreterin der Mitglieder in Ausbildung)
 - g) Festlegung des Aufgabenbereichs der anderen Beisitzerin, Wahl
 - h) Wahl der Kommissionsvorsitzenden
 8. Wahl der Kassenprüferinnen
 9. Wahl der Delegierten in andere Organisationen
 10. Nächster Tagungsort
 11. Verschiedenes

Anlage 1: Entwurf für das Leitbild

Unser Selbstverständnis

Als rechts- und frauenpolitischer Verband engagieren wir uns für Geschlechtergerechtigkeit und eine Gesellschaft ohne Diskriminierung. Wir sind kein berufsständischer Verband, sondern ein Verband, der auf Grundlage seiner Satzung auf die Überwindung von tatsächlichen Nachteilen hinwirkt.

Als starkes Netzwerk setzen wir uns mit hoher fachlicher Expertise auf allen Ebenen für einen Feminismus ein, der insbesondere auch Mehrfachdiskriminierungen und damit Intersektionalität im Blick hat. Es ist unsere Stärke, die vielfältigen Erfahrungen, Kompetenzen und unterschiedlichen Perspektiven aller Mitglieder sichtbar zu machen und für unsere Arbeit zu nutzen.

Unser Bekenntnis

Mit diesem Leitbild geben wir uns eine Orientierung, wie wir unseren Verband weiterentwickeln wollen. Für unser Miteinander bedeutet dies ein Bekenntnis zu Vielfalt als Bereicherung. Wir kommunizieren respektvoll und fachkompetent und finden unsere Positionen im fairen Austausch. Unsere Angebote gestalten wir barrierearm und in unserer Zusammenarbeit schließen wir Kompromisse. Wenn dies nicht möglich ist, akzeptieren wir Mehrheitsentscheidungen.

Wir beteiligen uns im Rahmen unserer Satzungszwecke am öffentlichen Diskurs und vermitteln unsere Positionen zielgruppengerecht und diskriminierungssensibel. Wir positionieren uns gegen jede Art der Benachteiligung und handeln danach. Wir legen dabei einen Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit und wenden uns insbesondere gegen jede Art der strukturellen Diskriminierung.

Unsere Zukunft

Mit unserer Arbeit auf unterschiedlichen Rechtsgebieten in einer zunehmend digitalisierten Welt übernehmen wir Verantwortung für unsere Gesellschaft und eine lebendige Demokratie. Deshalb nutzen wir auch in Zukunft unsere Expertisen und wirken in Wissenschaft und Politik, Rechtspraxis und Ausbildung. Dabei kooperieren wir mit Organisationen, Initiativen und Personen, die sich für unsere satzungsmäßigen Ziele engagieren: Für Gleichberechtigung in einer sozialen, gerechten und lebenswerten Gesellschaft.

Anlage 2: Antrag des Bundesvorstands auf Änderung von § 6 der Bundessatzung: Aufgabenbereich der zweiten Beisitzerin

Seit 2005 wählt die Mitgliederversammlung zwei Beisitzerinnen in den Bundesvorstand als Vertreterinnen der Mitglieder in Ausbildung. Die Satzung sieht bislang standardmäßig nur eine Beisitzerin

für diese Position vor, während der Aufgabenbereich der zweiten Beisitzerin von der Mitgliederversammlung bei jeder Wahl neu festzulegen ist. Der Bundesvorstand schlägt vor, die gängige Praxis in der Satzung niederzuschreiben und künftig auf die Festlegung des Aufgabenbereichs der zweiten Beisitzerin zu verzichten.

Die Vertreterinnen der Mitglieder in Ausbildung haben in den vergangenen Jahren zahlreiche sehr erfolgreiche Projekte initiiert und umgesetzt. Dazu zählen das Mentoring-Programm mit jährlich ca. 400 Teilnehmerinnen ebenso wie die Vernetzung der Doktorandinnen mit regelmäßigen Veranstaltungen wie den mehrtägigen Schreibwerkstätten. Weitere Projekte sind in Planung. Daneben betreuen sie bestehende Projekte wie die Vermittlung von Referendarinnen in EU-Institutionen sowie die Ansprechpartnerinnen vor Ort. Das Interesse an diesen Projekten steigt aufgrund des Mitgliederzuwachses gerade unter den jüngeren Juristinnen stetig an.

Die Projekte und Aufgaben der Vertreterinnen der Mitglieder in Ausbildung im Bundesvorstand haben einen Umfang erreicht, der von einer einzelnen Person nicht zu realisieren wäre. Doch ist die Fortführung der bestehenden Projekte und der Ausbau der Vernetzungsmöglichkeiten wichtig, um die Erwartungen der jüngeren djb-Mitglieder zu erfüllen sowie um weiterhin neue Mitglieder zu gewinnen. Nur so können wir dafür sorgen, dass der djb gestärkt in die Zukunft geht. Unser Verband ist auf engagierte junge Mitglieder angewiesen, um unsere ehrenamtliche rechtspolitische Arbeit auch künftig auf höchstem Niveau fortführen zu können.

Der Bundesvorstand stellt daher den Antrag, die Satzung wie folgt zu ändern (Änderung *kursiv* bzw. **gestrichen**):

§ 6 (4) Mitgliederversammlung

(4) Die Mitgliederversammlung ist ausschließlich zuständig für (...) die Wahl von ~~bis zu~~ zwei Beisitzerinnen im Bundesvorstand; ~~von denen eine die als~~ Vertreterinnen der Mitglieder in Ausbildung ist, sowie die Festlegung des Aufgabenbereichs der anderen Beisitzerin, (...)

Anlage 3: Antrag des Bundesvorstands auf Änderung von § 4 Abs. 2 Punkt 2 der Bundessatzung: Name der Kommission Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften des djb

Bei Einsetzung der Fachkommission im Jahr 2000 war mit dem Zusatz „Recht anderer Lebensgemeinschaften“ beabsichtigt, auch die nichtehelichen Lebensgemeinschaften ausdrücklich mit in den Blick der Arbeit des djb zu nehmen. Das war vor allem hinsichtlich gesetzlicher Regelungslücken etwa bei Unterhalt, Zugewinn- und Versorgungsausgleich oder dem Erbrecht gut und wichtig.

Aus heutiger Sicht ist es selbstverständlich, in der Arbeit der Kommission nicht nur Ehen, sondern sämtliche Lebensgemeinschaften mitzudenken, einer „besonderen“ Erwähnung im Titel bedarf es daher nicht mehr. Für eine Streichung des Zusatzes spricht auch die mitunter hinderliche Länge des Titels der Kommission.

Darüber hinaus liegt der Schwerpunkt der Kommissionsarbeit seit Anbeginn im Familienrecht. Das sollte auch im Titel der

Kommission zum Ausdruck kommen, indem dieses Rechtsgebiet vorangestellt wird.

Der Bundesvorstand stellt daher den Antrag, die Satzung wie folgt zu ändern (Änderung *kursiv* bzw. ~~gestrichen~~):

§ 4 Abs. 2 Punkt 2 – Kommissionen

- Familien-, Erb- und Zivilrecht, ~~Recht anderer Lebensgemeinschaften,~~

Kandidaturen für das Präsidium

Am 16. September 2023 findet in Hamburg die Mitgliederversammlung des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb) statt. Der gesamte Bundesvorstand wird satzungsgemäß neu gewählt. Die Ausschreibung aller Ämter erfolgte in der djbZ 1/2023. Weiterhin werden an einem der zu besetzenden Ämter interessierte Mitglieder gebeten, dies der djb-Geschäftsstelle mitzuteilen. Die Kandidatinnen haben die Möglichkeit, sich im Mitgliederbereich der djb-Webseite, in der djbZ 3/2023 und über den Newsletter vorzustellen. Dies ist jedoch keine Voraussetzung für eine Kandidatur, sondern ein Angebot. Ihre (erneute) Kandidatur haben bislang angekündigt:

Für das Amt der Präsidentin

Ursula Matthiessen-Kreuder, Vizepräsidentin des djb, Vorsitzende der nichtständigen Kommission Leitbild, Rechtsanwältin in Bad Homburg



▲ Ursula Matthiessen-Kreuder (Foto: privat)

Auf der kommenden Mitgliederversammlung kandidiere ich als Nachfolgerin von Prof. Dr. Maria Wersig für die Position der Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb).

Aus meiner Bewerbung als Vizepräsidentin in der letzten Amtsperiode wiederhole ich kurz die wesentlichen Eckpunkte zu meiner Person: Seit 1994 bin ich Mitglied im djb und seit 2019 Vorsitzende des Landesvorstandes Hessen. Ich bin bald 64 Jahre alt und war nach Banklehre, Jurastudium und Referendariat bis zum Jahr 2000 bei der Deutsche Bahn AG tätig, dann bei der METRO Group Konzernzentrale bis 2006 für „personalpolitische Grundsatzfragen“ zuständig und dann 10 Jahre lang als Personalleiterin bei einem IT-Dienstleister mit der Zuständigkeit für Zentraleuropa verantwortlich. Seit 2016 arbeite ich als selbständige Rechtsanwältin, bin auf Arbeitsrecht spezialisiert, betreue große und Alltagsverfahren und arbeite an großen Arbeitsrechtskommentaren mit. In meiner Familie ist die Enkel*innenschaft zu unserer großen Freude zwischenzeitlich auf neun angewachsen.

In der Amtsperiode 2023–2025 haben wir alle nach meiner festen Überzeugung den Auftrag, die erfreuliche Entwicklung unserer Mitgliederzahlen und unsere rechtspolitische Positionierung auszubauen und gleichzeitig sicherzustellen, dass wir über alle

regionalen Strukturen hinweg beieinanderbleiben, die Kraft unseres bundesweiten Netzwerkes über alle Generationen, Berufe und Positionen nutzen und dabei gemeinsames Lernen ermöglichen.

In den beiden letzten Amtsperioden des Bundesvorstandes habe ich die Nichtständige Kommission „Leitbild: Vielfalt und Werte“ geleitet. Wir haben nach einer Mitgliederbefragung in zahlreichen Online-Cafés wichtige Leitbildthemen beraten und einen Text entworfen, der noch vor der Mitgliederversammlung von Bundesvorstand und dann auf der Mitgliederversammlung im September 2023 beschlossen werden soll. Ein Schwerpunkt der nächsten Amtsperiode wird deshalb sein, das Leitbild mit Leben zu füllen.

Ein wichtiger Teil meiner Arbeit als Präsidentin wird zudem sein, gemeinsam mit den beiden neuen Vizepräsidentinnen die Kommissionen zu unterstützen, die gemäß unserer Satzung für die Erarbeitung der inhaltlichen Positionen unseres Verbandes zuständig sind. Die gute Zusammenarbeit im Bundesvorstand ist mir deshalb ein wichtiges Anliegen. Entscheidend wird sein, unsere traditionell sehr gute Position in Politik und Wissenschaft auszubauen, weiter auf die Modernisierung der Ausbildung zu achten und unsere Anliegen in der Rechtspraxis durchzusetzen. Wir müssen überlegen, wie wir dies im Ehrenamt stemmen können und welche Kooperationspartner*innen wir dafür brauchen.

Ich freue mich über die Zusammenarbeit mit den beiden zukünftigen Vizepräsidentinnen und bedanke mich bei Lucy Chebout und Verena Haisch für ihre Kandidaturen. Sie werden ihre Themen und persönlichen Interessenschwerpunkte einbringen und werden dafür meine volle Unterstützung bekommen.

Wir sehen uns in Hamburg!

Für das Amt der Vizepräsidentin

(zwei Vizepräsidentinnen sind zu wählen)

Lucy Chebout, Rechtsanwältin in Berlin, Fachanwältin für Familienrecht, M.A. Gender Studies und Islamwissenschaften



▲ Lucy Chebout (Foto: Kanzlei Raue)

Auf der kommenden Mitgliederversammlung kandidiere ich für die Position der Vizepräsidentin des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb). Ich möchte im Folgenden die Gelegenheit nutzen, mich kurz vorzustellen.

Seit 2011 bin ich Mitglied im djb, seit einigen Jahren auch aktiv in verschiedenen Themenbereichen. So habe ich im Jahr 2017 zusammen mit Selma Gather und Dana-Sophia Valentiner den Arbeitsstab Ausbildung und Beruf reaktiviert. Zudem bin ich in der zweiten Amtsperiode Mitglied der Kommission Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften.

Beruflich bin ich als Rechtsanwältin bei Raue in Berlin in den Bereichen Familienrecht und Erbrecht tätig. Zuvor habe ich ein Studium der Gender Studies, Islamwissenschaften und Rechtswissenschaften in Berlin und mein Referendariat am Brandenburgischen Oberlandesgericht abgeschlossen, mit Stationen u.a. bei der Staatsanwaltschaft Berlin (Bereich LSBTI* Hasskriminalität), beim Bundesministerium der Justiz und für

Verbraucherschutz (Abteilung: Bürgerliches Recht, Referat: Familien- und Erbrecht) und am Bundesverfassungsgericht (Dezernat BVRin Prof. Dr. *Gabriele Britz*). Seit 2023 führe ich den Fachanwaltstitel für Familienrecht.

Aktuell bin ich vor allem mit meinem Promotionsprojekt befasst, das am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Geschlechterstudien (Prof. Dr. *Susanne Baer*, LL.M.) an der HU Berlin angesiedelt ist. Es trägt den Arbeitstitel „Natürliche Ungleichheiten im Recht? – Geschlecht und Fortpflanzung im Recht der Eltern-Kind-Zuordnung auf dem familien- und verfassungsrechtlichen Prüfstand“. Meine Dissertation ist nicht nur thematisch, sondern auch materiell untrennbar mit dem djb verknüpft, denn ich habe die große Ehre (und Verantwortung) die erste Stipendiatin des Dr. Ingrid Guentherodt Stipendiums sein zu dürfen.

Der djb ist ein Verband, in dem vielfältige Kompetenzen und Ressourcen exzellent zusammenkommen. Ich bewerbe mich für die Position als Vizepräsidentin, um die vielseitig erfolgreiche Arbeit des djb fortzuführen und mit meinem Engagement zu unterstützen. Dies möchte ich gerne im Team mit *Ursula Matthiessen-Kreuder* und *Verena Haisch* tun. Meine Vision ist ein intergenerationaler Verband, in dem wir gemeinsam Impulse setzen und anstehende Entscheidungen sowie Gesetzesreformen und -vorhaben fachlich exzellent, feministisch und kritisch begleiten. Als Vizepräsidentin möchte ich für den Transfer und die Verankerung unseres erarbeiteten Leitbildes in die alltägliche Verbandsarbeit sorgen – regional und überregional. Es ist mir zudem ein besonderes Anliegen, die Arbeit unseres Verbandes zugänglich und integrativ zu kommunizieren, so dass fachlich begeisterte und engagierte Juristinnen aller Erfahrungsstufen sowie aus verschiedenen Theorie- und Praxisbereichen überregional zusammenwirken können. Nach dem Vorbild von *Ruth Bader Ginsburg*: Kämpfen wir für die Dinge, die uns wichtig sind, und tun wir es in einer Weise, dass andere sich uns anschließen wollen.

Verena Haisch, Rechtsanwältin, stellv. Vorsitzende der nichtständigen Kommission Digitales, Hamburg



▲ Verena Haisch
(Foto: Tanja Pfaff)

Auf der kommenden Mitgliederversammlung kandidiere ich als Vizepräsidentin des djb.

Aus meiner Heimat München ging ich zunächst für ein Schauspielstudium an die Akademie für darstellende Kunst, Ulm. Anschließend habe ich an verschiedenen Theatern und als Synchronsprecherin gearbeitet, und parallel (als/weil #metoo noch in weiter Ferne lag) mit dem Jurastudium begonnen.

Mein Interesse galt immer dem Medien- und Presserecht; seit meiner Zulassung arbeite in diesem Bereich. Nach ca. 15 Jahren in internationalen Kanzleien habe ich im April 2023 die Kanzlei *Cronmeyer Haisch* Rechtsanwältinnen mitgegründet. Ich bin 48 Jahre alt und lebe mit meiner Frau und unseren drei Hunden in Hamburg.

Inhaltlich bin ich geprägt von der Arbeit im Persönlichkeitsschutz und erlebe, in welchem Ausmaß Politiker*innen aber auch Feministinnen Hass und digitaler Gewalt im Netz ausgesetzt sind und wie sehr dies unsere Demokratie gefährdet. Deshalb trete ich

für die Wiedereinsetzung und Fortführung der nichtständigen Kommission Digitales ein. Die Digitalisierung ist eine rechtliche Querschnittsmaterie, die – wie bisher – in einer eigenständigen Kommission und in enger Zusammenarbeit mit den anderen Kommissionen aus frauenpolitischer Sicht kritisch vom djb begleitet werden muss. Gerade jetzt, angesichts der aktuellen Gesetzgebungsverfahren in Europa (Digital Services Act) und entsprechender Vorhaben der Ampel-Koalition (Gesetz gegen digitale Gewalt). Ganz genauso wesentlich ist und bleibt die Frage nach Geschlechtergerechtigkeit und struktureller Diskriminierung in anderen Bereichen der Digitalisierung, etwa wenn es um Lücken im Strafrecht, Datenschutz oder die Regulierung von Algorithmen und künstlicher Intelligenz geht. Für diese zukunftsweisenden Aufgaben brauchen wir dringend die Expertise von Expertinnen, gebündelt in der (nichtständigen) Kommission Digitales, in enger Abstimmung mit den anderen Kommissionen.

Der Wunsch, den djb aktiv mitzugestalten, kam ebenso überraschend wie nachdrücklich im Anschluss an eine Sitzung des Bundesvorstands, an der ich teilnehmen durfte. Die Vielfalt der dort besprochenen, aber auch bearbeiteten Themen, die überwältigende Expertise der Kolleginnen und das inhaltliche Ringen um Positionen haben mich tief beeindruckt. So bereichernd diese Erfahrung war, so kritisch muss ich zugeben, dass ich vorher – wie sicher auch viele andere Mitglieder – von der großartigen Arbeit im Bundesvorstand und zum Teil auch in den anderen Kommissionen einfach nicht genug mitbekommen habe, obwohl ich mich engagiert habe und seit 2008 Mitglied bin. Deshalb werde ich in der kommenden Amtsperiode die Kommunikation untereinander, die Transparenz und die Zugänglichkeit der Arbeit in den unterschiedlichen Gremien des djb in den Fokus nehmen. Denn der djb – das sind wir alle gemeinsam. Und ich weiß, dass ich dabei fest auf *Ursula Matthiessen-Kreuder* und *Lucy Chebout* als künftige (Vize-)Präsidentinnen zählen kann.

Für das Amt der Schatzmeisterin

Kandidiert erneut die Amtsinhaberin Petra Lorenz, Regierungsdirektorin a.D., Freiburg



▲ Petra Lorenz
(Foto: Jörg P. Bongartz)

Geboren 1950 in Gotha, Schule und Abitur in Nordbaden, danach Jurastudium in Erlangen, Genf und Freiburg. In Baden-Württemberg habe ich meine beiden Staatsexamina abgelegt und bin danach in die Finanzverwaltung des Landes eingetreten, in der ich bis zu meiner Pensionierung im Jahr 2016 tätig war. djb-Mitglied bin ich seit 1988, seit 2002 auch aktiv im Verein engagiert: 2002–2016 war ich Schatzmeisterin der RG Freiburg, 2003–2015 zusammen mit *Ruth Cohaus* Kassenprüferin des Vereins.

Seit 2015 bin ich Bundesschatzmeisterin und erlebe die vielfältigen Anforderungen, denen sich ein gemeinnütziger Verein wie der djb gegenüber sieht. Ich bin gerne bereit dazu beizutragen, dass unser weiterhin wachsender Verein auch für die Zukunft finanziell gut aufgestellt ist und bewerbe mich daher erneut für das Amt der Schatzmeisterin.

Bewerbungen für den Vorsitz der Kommissionen

Für die Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht kandidiert Prof. Dr. Isabell Hensel, Qualifikationsprofessorin und Leiterin des Fachgebietes „Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht in der digitalen Gesellschaft“ an der Universität Kassel.



▲ Isabell Hensel
(Foto: Matthias Leister)

Geboren 1982, verheiratet, drei Kinder (davon zwei Bonuskinder). Jurastudium in Frankfurt a.M., Promotion zu Grundrechtskonflikten im Vertrag. Referendariat und zweites Staatsexamen Frankfurt a.M. Wissenschaftliche Mitarbeiterin in Projekten zur Geschlechterforschung u.a. der DFG zum Wandel von Beschäftigungsformen und Kollektivierungsprozessen. Habilitandin bei Prof. Dr. Eva Kocher, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder). Seit Oktober 2022 Qualifikationsprofessorin und Leiterin des Fachgebietes „Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht in der digitalen Gesellschaft“ an der Universität Kassel. Forschungsschwerpunkte: digitale Arbeit, Wandel der Interessenvertretung, Gleichstellung durch Recht, geschlechtergerechtes Unternehmensrecht. Nachwuchsförderung im Bereich feministische Arbeitsrechtswissenschaft. Seit 2019 Mitglied im djb und dort in der Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht. Seit 2021 stellvertretende Kommissionsvorsitzende. Mitautorin der Konzeption eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft und Mitorganisatorin des Fachtages des Bundeskongresses 2023.

Mit großem Respekt will ich den Kommissionsvorsitz von Heide Pfarr übernehmen. Ich konnte in den vergangenen Jahren lernen von ihrer Wut, es muss sich was verändern, von ihrer Zuversicht, es kann sich was verändern, und von ihrem Mut, wir können verändern. Diesen unbedingten Gestaltungswillen möchte ich mit der Kommission weitertragen. Es wäre mir eine Ehre, die gewichtige Stimme des djb in der Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht zu koordinieren und zu formulieren. Natürlich wird es darum gehen, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft rechtspolitisch weiter voranzubringen. Gleichermaßen soll die inhaltliche Realisierbarkeit der Forderungen untermauert werden. Hier ergeben sich Synergien mit meiner Forschung: die Konzeption wird für verschiedene Unternehmensarten (auch KMUs) weiter operationalisiert und in der Unternehmenspraxis erprobt, evaluiert und weiterentwickelt. Arbeits- und Unternehmensrecht müssen weiter angenähert und ihr jeweiliges soziales Gestaltungspotential verschränkt werden, um eine verantwortliche Unternehmensgovernance auszubuchstabieren. Potentiale und Bedingungen des Einsatzes geschlechtersensibler digitaler Tools zur Erhöhung der Durchsetzungskraft etwa von Berichtspflichten sollen herausgestellt werden.

Für die weitere Arbeit der Kommission sind insbesondere drei Themenbereiche zu nennen: (1) Gleichstellungswirkungen indirekter Steuerungsansätze wie u.a. des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und der kollektiven Strukturen der Lohntransparenz-Richtlinie; (2) Umsetzung der Wahlarbeitszeit; (3) Decent Work für Frauen, mit besonderem Blick auf die

geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Digitalisierung der Arbeit (etwa Homeoffice, Einsatz von KI).

Weil all diese Themen den nationalstaatlichen Kontext überschreiten und zudem auch andere Lebensbereiche berühren, freue ich mich auf die Vernetzung mit anderen Kommissionen des djb.

Für die Kommission Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften kandidiert die Amtsinhaberin Dr. Anna Lena Götttsche, Referentin Bundesrechtsabteilung Sozialverband Deutschland e.V., Berlin und Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Frankfurt University of Applied Sciences, Frankfurt a. M. Seit 2007 Mitglied im djb.



▲ Lena Götttsche
(Foto: privat)

Mit nun bald zweijähriger Erfahrung als Vorsitzende kandidiere ich für eine weitere Amtszeit, um die angestoßenen bzw. fortgesetzten Projekte und Initiativen der Kommission im Familienrecht weiter voranzubringen. Dank der vielfältigen Ankündigungen im Koalitionsvertrag und aus den zuständigen Ministerien stehen mehrere große Reformen im Familienrecht an, die ich gemeinsam mit engagierten Kolleginnen in der Kommission aufmerksam und auch kritisch begleiten möchte, so wie wir es in der jetzigen Amtsperiode bereits getan haben. Zu nennen sind etwa die angekündigten Reformen im Unterhalts-, Sorge- und Umgangsrecht, bei denen die Kommission den Schutz vor Partnergewalt auch in familiengerichtlichen Angelegenheiten nicht aus dem Blick verlieren wird. Weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Reform des Rechts der Eltern-Kind-Zuordnung („Abstammungsrecht“) sein, ebenso wie das geplante Selbstbestimmungsgesetz. Ein langfristiges Projekt dreht sich um das Thema Reproduktion: So sind wir gerade in die Strategieplanung für einen Meinungsbildungsprozess im djb zu Eizellenspende und sog. Leihmutterchaft eingestiegen. Den fachlichen und strategischen Austausch mit den Kolleginnen im Bundesvorstand habe ich als sehr konstruktiv und durchweg wertschätzend empfunden – hieran möchte ich in den kommenden zwei Jahren anknüpfen.

Für die Kommission Strafrecht kandidiert Dilken Çelebi, LL.M., Doktorandin an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



▲ Dilken Çelebi
(Foto: privat)

In Berlin geboren habe ich bedingt durch meinen kurdischen Hintergrund seit jeher davon geträumt, Menschenrechtsanwältin zu werden. Im Jurastudium an der Humboldt-Universität zu Berlin habe ich daher meine Schwerpunkte auf Grund- und Menschenrechte (z.B. durch Teilnahme an der Humboldt Law Clinic Grund- und Menschenrechte) sowie aufgrund meiner Leidenschaft zum Strafrecht auf das Strafrecht und Völkerstrafrecht gelegt (universitärer Schwerpunkt und im Auslandjahr an der Stockholm University). Nach dem 1. Staatsexamen (2018) habe ich meinen menschen- und völker(straf)rechtlichen Schwerpunkt durch einen LL.M. in

Transnational Crime and Justice am United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute/ University of Peace in Turin (2019–2020) vertieft. Im Anschluss habe ich mich neben meiner Arbeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einer Strafrechtskanzlei in Berlin meiner Dissertation im Völkerstrafrecht gewidmet (Westfälische Wilhelms-Universität Münster). Dabei sind das Strafrecht und Menschenrechte untrennbar miteinander verknüpft. Im Rahmen der Dissertation habe ich kürzlich Forschungsaufenthalte an der American University Washington College of Law (2022), an der New York University (2023) und an der Stanford University (2023) abgelegt. Ich plane, Anfang 2024 das Referendariat in Berlin zu beginnen.

Dem djb bin ich im Dezember 2018 beigetreten. Seit November 2019 bin ich Mitglied in der Strafrechtskommission, in deren Arbeit Strafrecht und der Schutz der Menschenrechte Hand in Hand gehen. Neben der intensiven Mitarbeit in der Kommission durfte ich den djb bereits als Sachverständige im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages vertreten. Außerdem bin ich seit September 2021 Mitglied im Landesvorstand Berlin. Für den djb habe ich im März 2023 dessen Veranstaltung zur Frauenrechtskommission beim Deutschen Generalkonsulat in New York moderiert.

Das Amt der Kommissionsvorsitzenden möchte ich gerne mit meiner Kollegin *Céline Feldmann* als Team wahrnehmen. Sie ist Doktorandin, Rechtsreferendarin in Berlin sowie Leiterin der interkommissionellen Arbeitsgruppe des djb zum Schwangerschaftsabbruch und würde mich als Stellvertreterin unterstützen. Wir beide haben großen Respekt vor der Aufgabe, die Fußstapfen von Frau Prof. Dr. *Leonie Steinl* zu füllen. Aufgrund von *Céline Feldmanns* und meinen zueinander komplementären Kompetenzen, der Unterstützung von *Leonie Steinl* als „post-Vorsitzende“ und gemeinsam mit den anderen engagierten und brillanten Mitgliedern der Kommission sind wir aber zuversichtlich und voller Freude. Die Stärke der Kommission – ihre Zusammensetzung aus hochprofilierten Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen – wollen wir bewahren. Unsere Arbeit soll geprägt sein von zwei Prämissen: Zunächst verstehen wir das Strafrecht nicht nur als strafend im Sinne eines Instruments des Schutzes vor Gewalt, sondern auch als *rechtsgewährendes* Instrument. Es hat dann zurückzustehen, soweit es um die Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen* geht. Außerdem möchten wir stets die spezifische Betroffenheit besonders vulnerabler Gruppen berücksichtigen.

Inhaltlich möchten wir einerseits die Arbeitsweise (u.a. Stellungnahmen, Policy Paper, Veranstaltungen, Begleitung von Gesetzesvorhaben) und bestehenden Themen der Strafrechtskommission fortführen. Das sind z.B. Partnerschaftsgewalt, Femizide, sexualisierte und reproduktive Gewalt im Völkerstrafrecht sowie das derzeit politisch hochrelevante Thema des Schwangerschaftsabbruchs. Andererseits möchten wir anlässlich des aktuellen Vorschlags der Europäischen Kommission zu einer neuen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt thematisch zwei Schwerpunkte setzen: Die Gefahren der Digitalisierung, v.a. in Form von digitaler Gewalt sowie sexualisierte Gewalt, wobei sich beide Aspekte auch zeitweilig überschneiden. Im Rahmen beider Gewaltformen spielt

auch der Aspekt psychischer Gewalt eine bedeutende Rolle. Dabei ist uns die kommissionsübergreifende Arbeit besonders wichtig. Wir freuen uns sehr über Bewerber*innen, die uns bei diesen Aufgaben mit Fleiß und Verantwortungsbewusstsein, Engagement und Teamgeist unterstützen wollen.

Für die Kommission „Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich“ kandidiert Dr. Franziska Vollmer, Ministerialrätin, Referatsleiterin im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Berlin..



▲ Franziska Vollmer
(Foto: privat)

1999 bin ich in den djb eingetreten. In dem Jahr habe ich das Referendariat abgeschlossen und auch meine Promotion, eine verfassungsrechtliche Untersuchung des Ehegattensplittings. Direkt danach habe ich im Bundesfamilienministerium begonnen. Dort habe ich im Laufe der Zeit in der Familienabteilung praktisch zu allen steuer- und sozialrechtlichen Familienfragen gearbeitet und an vielen Gesetzgebungsverfahren (häufig auch federführend) mitgewirkt. 2002–2005 war ich als Mitarbeiterin ans Bundesverfassungsgericht abgeordnet.

Im djb habe ich über viele Jahre intensiv in der Kommission zur sozialen Sicherung und zum Familienlastenausgleich mitgearbeitet, 2001–2009 und 2013–2015. Diese Tätigkeit war mir wichtig, um neben den Notwendigkeiten im ministeriellen Alltag den feministischen Kompass im Blick zu behalten.

Nachdem ich unter anderem wegen der Reform zum Unterhaltsvorschuss und des Gesetzgebungsverfahren „Starke-Familien-Gesetz“ nicht mehr die Zeit für die Arbeit in der Kommission gefunden habe, möchte ich nun gern wieder tiefer in die verbandlichen Strukturen einsteigen und die Leitung der Kommission übernehmen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit bekannten und mir bisher nicht bekannten Gesichtern.

Gern möchte ich an die bisherige Arbeit der Kommission anknüpfen und diese fortsetzen. Dabei wird es wichtig sein, sich bei den Themen (weiterhin) frühzeitig einzubringen.

Inhaltlich werden wir uns vertieft mit Fragen wie der Reform der Lohnsteuerklassen, der Kindergrundsicherung, geschlechtergerechtem Wohnen, einer angemessenen Unterstützung und Berücksichtigung von Careverantwortung im Sozialversicherungsrecht und vielen weiteren Fragen gerechterer Steuern und Sozialleistungen befassen. Gerne würde ich die verschiedenen Kompetenzen in der Kommission auch nutzen, um das Sozial- und das Steuerrecht und die jeweiligen Verteilungswirkungen dabei im Zusammenhang zu betrachten. So irritiert mich z.B. die völlig unabgestimmte Anerkennung von Lasten alleinerziehender Personen im Sozial- und im Steuerrecht - mit deutlich engherzigeren Regelungen im Sozialrecht. Außerdem bin ich gespannt, ob und welche Themen gerade neue Mitglieder in die Kommission einbringen werden.

Schließlich ist und wird das Zusammenspiel von Steuer-/ Sozialrecht mit dem Familienrecht spannend, insbesondere mit dem Unterhaltsrecht. Hier würde ich mich über einen engen Austausch auch zwischen den Kommissionen freuen.

Für die Kommission Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung kandidiert Dr. Stefanie Killinger LL.M., Präsidentin des Verwaltungsgerichts Göttingen und stellvertretendes Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs.



▲ Stefanie Killinger
(Foto: Martin Henze)

Nachdem ich der Kommission seit 2019 als Mitglied angehört habe, kandidiere ich nun für den Vorsitz. Die Themenvielfalt der Kommission zusammenzuhalten – von Gleichstellungsgesetzen über Aufenthaltsrecht bis zur feministischen Perspektive auf das beamtenrechtliche Beurteilungswesen im öffentlichen Dienst, die hohe Qualität unserer Arbeit wie ihre Praxisrelevanz sicherzustellen und uns an den zahlreichen

Schnittstellen zu den anderen Kommissionen noch besser zu öffnen ist mir für die nächste Arbeitsperiode wichtig. Es soll Spaß machen und anregend sein, in der Kommission mitzuwirken! Ich bin fast 50 Jahre alt, komme aus der Hallertau, lebe mit meiner Familie in Hannover und bin seit 2017 Präsidentin des Verwaltungsgerichts Göttingen, seit 2021 stellvertretendes Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs.

Für die Kommission Europa- und Völkerrecht kandidiert Valentina Chiofalo, wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht an der Freien Universität Berlin.



▲ Valentina Chiofalo
(Foto: privat)

Ich bin in der Nähe von Offenbach am Main aufgewachsen und zum Studium nach Berlin gezogen. Nachdem ich zwei Jahre Geschichts- und Filmwissenschaften studierte, entschied ich mich, zu Rechtswissenschaft an der Freien Universität zu wechseln. Während meiner Zeit an der Freien Universität nahm ich am Jessup Moot Court teil (große Empfehlung) und arbeitete als studentische Hilfskraft bei einem Drittmittelprojekt bei Prof. Dr. Heike Krieger im Völkerrecht. Nach dem Abschluss des ersten Staatsexamens (2019) begann ich meine Promotion an der Freien Universität an einem europarechtlichen Lehrstuhl. Mein Forschungsschwerpunkt ist insbesondere das Antidiskriminierungsrecht, meine Dissertation schreibe ich zu verfassungsrechtlichen Anschlussstellen für Identitätspolitik. Darüber hinaus befasse ich mich mit dem Thema Schwangerschaftsabbruch im Lichte reproduktiver Rechte. Seit 2019 bin ich Mitglied beim djb und seit 2021 in der Kommission Europa- und Völkerrecht. Im März wurde ich zur Stellvertreterin der jetzigen Vorsitzenden Prof. Dr. Anna Katharina Mangold gewählt und übernehme dabei bereits organisatorische Aufgaben. Für den djb habe ich als Kommissionsmitglied u.a. am Policy Paper zu § 218 StGB mitgearbeitet und durfte als Vertreterin nach New York zur Sitzung der Frauenrechtskommission fahren.

Als Vorsitzende möchte ich mich gerne mit meiner Kommission digital sowie in Präsenz in Berlin treffen, wobei das erste Präsenztreffen voraussichtlich im März/April 2024 stattfinden

soll. Organisatorisch werden innerhalb der Kommission kleine Untergruppen gebildet, die dann dezentral und unabhängig an einzelnen Themenbereichen arbeiten werden. Inhaltlich möchte ich insbesondere zwei Themen auf unsere Agenda setzen: Digitalisierung (europarechtlich) und reproduktive Rechte (völkerrechtlich). Ansonsten können sich Themenbereiche auch autonom aus der Mitte der Kommission herausbilden, dabei bietet sich insbesondere Umwelt/Klima an. Auch eine mögliche Kooperation mit dem Netzwerk der Juristinnen mit Behinderung ist denkbar. Die genauere inhaltliche Ausrichtung wird aber natürlich im Plenum besprochen. Ich freue mich auf eure Bewerbungen für die Mitarbeit in der Kommission, insbesondere rufe ich auch neue Mitglieder auf, sich nicht zu scheuen.

Als Beisitzerin im Bundesvorstand für die Mitglieder in Ausbildung kandidiert Annalena Mayr, Doktorandin an der Europa-Universität Viadrina.



▲ Annalena Mayr
(Foto: Studioline)

Geboren 1997 in Eisenach, 2015 Abitur in Thüringen, im Anschluss Studium in Frankfurt am Main, 2021 erstes Staatsexamen, seitdem Doktorandin an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) bei Prof. Dr. Claudia Maria Hofmann im Migrations- und Sozialrecht sowie der Rechtssoziologie, gefördert seit 2022 von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Seit Mai 2021 Mitglied im djb, seit Dezember 2021 Mitglied der Kommission Europa- und Völkerrecht, seitdem auch Mitglied des Organisatorinnen-Teams der Doktorandinnen-Vernetzung im djb (Dok-Net), seit Januar 2023 Ansprechpartnerin für die Jungen Juristinnen in der Regionalgruppe Rhein-Main.

In meinem Amt als Beisitzerin möchte ich bewährte Ideen fortführen und neue Wege finden, die Jungen Juristinnen miteinander zu vernetzen:

Selbst habe ich meinen Weg in den djb 2021 erst nach Abschluss meines Studiums gefunden. Die erste Veranstaltung, die ich mitten in der Pandemie online besuchte, war die Schreibwerkstatt der Doktorandinnen-Vernetzung im djb, dem Dok-Net. Der Austausch, den ich dort erleben durfte, war für meine Promotionszeit ein wahrer „Gamechanger“, nachzulesen in meinem Bericht in der djbZ 4/2021. Im Dezember 2021 entschloss ich mich deshalb, die Organisatorinnen der Schreibwerkstatt zu unterstützen. Im Rahmen meiner Unterstützungsarbeit des Dok-Net durfte ich Teile der Schreibwerkstatt sowie einige Veranstaltungen organisieren. Von Veranstaltungen zu Elternschaft und Promotion bis zu bewegten Pausen: besonders wichtig war und ist es mir, Junge Juristinnen dabei zu unterstützen, bestehende Barrieren zu überwinden. Diese Arbeit im Dok-Net möchte ich gerne fortsetzen und erweitern. Dazu gehört für mich der Ausbau der standortübergreifenden Vernetzung der Jungen Juristinnen im Allgemeinen. Die Vernetzung in einer Peer-Group – auch bundesweit – ist für Junge Juristinnen der ideale Ort, um Banden zu bilden! Einen Impuls, den ich selbst durch den djb erhalten habe und der mich sehr voran bringt.

Als Ansprechpartnerin für die Jungen Juristinnen in der RG Rhein-Main erlebe ich zeitgleich auch, wie wichtig es ist, die Präsenz des djb an den Universitäten und den Gerichten, die Referendarinnen ausbilden, zu stärken. Gemeinsam mit den Ansprechpartnerinnen für Junge Juristinnen in den RG und LV möchte ich deshalb Ideen entwickeln, wie der djb besser auf Studentinnen zugehen kann.

Am djb begeistert mich außerdem das Angebot des generationenübergreifenden Mentoring-Programms, bei dem alle voneinander lernen können – für mich eine große Stärke des djb. Von 2021 bis 2022 durfte ich selbst Mentee einer großartigen Mentorin und Mentorin einer ebenso großartigen Mentee sein. Diese Erfahrung war für mich sehr bereichernd, weshalb ich dieses Projekt gerne fortführen möchte.

Schlussendlich möchte ich natürlich auch an die weiteren Projekte der aktuellen Beisitzerinnen anknüpfen und würde mich freuen, beispielsweise die Vermittlung von Referendariatsstationen in die EU-Institutionen zu betreuen.

Zudem kandidiert erneut als Beisitzerin im Bundesvorstand für die Mitglieder in Ausbildung Farnaz Victoria Nasiriamini, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Referentin und Autorin.



▲ Farnaz Victoria Nasiriamini (Foto: privat)

Geboren 1994 in Tehran, aufgewachsen in Mittelhessen. Studium der Rechtswissenschaft mit dem Schwerpunkt Arbeitsrecht mit Sozialrecht in Gießen und Konstanz (Erstes Staatsexamen) sowie interdisziplinär B.A. Soziologie, Politikwissenschaft und Ökonomie mit dem Schwerpunkt Politische Kommunikation an der Zeppelin Universität Friedrichshafen und in Washington D.C. mit Auslandsaufenthalten in London, Samos, Tehran und New York City, gefördert als Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung. Freiberufliche Referentin und Autorin, ausgezeichnet mit diversen Literaturpreisen, u.a. dem hr2-Literaturpreis.

Aktuelles LL.M.-Studium im Sozialrecht und Sozialwirtschaft an der Universität Kassel, Ausbildung zur zertifizierten Medi-

atorin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei *Noerr* im Bereich Employer Branding und an der Hochschule Hannover in der Abteilung Soziale Arbeit bei Prof. Dr. *Maria Wersig*. Mitglied im djb und Mitglied in der Kommission Europa- und Völkerrecht seit 2019, Beisitzerin im Bundesvorstand für die Mitglieder in Ausbildung seit 2021.

Der djb bietet nicht nur erfahrenen Kolleginnen die Möglichkeit der Vernetzung, der fachlichen Weiterentwicklung und der Betätigung im Bereich des gesellschaftspolitischen Engagements, sondern sollte das fachliche zuhause jeder Studentin, Referendarin und Berufsanfängerin, kurz: jeder Jungen Juristin (JuJu) sein. Mein Ziel ist es, Aufklärungsarbeit zu leisten und Studentinnen bereits vom Anfang ihres Studiums an die Möglichkeit zu geben, den djb kennenzulernen und sich einzubringen. Hierfür habe ich mich als Besitzerin bereits in den letzten zwei Jahren eingesetzt und bundesweit die JuJu-Ansprechpartnerinnen betreut. In diesem Rahmen wollen wir weiterhin daran arbeiten, unsere Vernetzung mit den Fachbereichen der Universitäten und Hochschulen sowie Referendariatsvertretungen zu stärken.

Unser Mentoringprogramm *djb connect* hat gezeigt, dass Vernetzungsangebote sehr gerne angenommen werden. Dieses Programm möchten *Annalena Mayr* und ich gerne weiterbetreuen. Im Zuge meines bisherigen Engagements weiß ich, dass nicht nur der regelmäßige Austausch mit erfahrenen Kolleginnen, sondern auch mit Leidensgenossinnen bereichernd sein kann. Daher möchten wir, anknüpfend an den bisher tollen Erfahrungen mit *djb connect*, auch ein djb-Peer-Coaching-System für Studentinnen einführen. Ich bin mir sicher, dass die Etablierung eines Peer-Coaching-Systems die Attraktivität und Visibilität unseres Verbands steigern wird.

Ich freue mich über unsere großartige Entwicklung im Bereich Social Media und werde mich weiterhin in diesem Bereich einbringen. Durch gezielte Social-Media-Arbeit können wir wichtige Anliegen und Forderungen des Verbands an die breite Öffentlichkeit herangetragen und vor allem JuJus erreichen. Dies ermöglicht uns, Bewusstsein für frauenpolitische Themen zu schaffen und Informationen, Veranstaltungen und Erfolge des Verbands schnell und gezielt zu verbreiten.

DOI: 10.5771/1866-377X-2023-2-102

Neues aus den Landesverbänden und Regionalgruppen

Der djb in Leipzig

Interview mit den Vorstandsmitgliedern der Regionalgruppe Leipzig Anna Vorweg, Britta Lehnert, Elsa Heiner und Maren Diener im November 2022. Die Vorstandsmitglieder betrachten sich als gleichgestellt.

Birgit Kersten

Mitglied der Regionalgruppe Oldenburg, Assessorin, Brake

Die Regionalgruppe Leipzig wurde 2017 mit 15 Mitgliedern gegründet, aktuell sind es 118 Mitglieder. Der neue Vorstand ist seit dem 12. September 2022 im Amt.

Die Regionalgruppe Leipzig ist eine junge Regionalgruppe, wie auch an dem derzeitigen Vorstand erkennbar ist. Es sind aber auch viele Frauen mit langjähriger Berufserfahrung vertreten. In den letzten Jahren gab es regelmäßig Stammtische, insbesondere viele JuJu-Stammtische, Neujahrsempfänge, Lesungen im Rah-